

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) 20 BauGB)

Im Vorfeld von Baumaßnahmen dürfen soweit notwendig Gehölze im Geltungsbereich nur im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober und 28. Februar gerodet oder auf den Stock gesetzt werden. Auch von sonstiger Vegetation darf das jeweilige Baufeld nur in diesem Zeitraum freigemacht werden. Entsprechendes gilt auch für den Abriss von Gebäuden. Auf § 44 Bundesnaturschutzgesetz und das Umweltschadensgesetz wird verwiesen.

II. HINWEISE

Bodenschutz - Umgang mit Ober- und Mutterboden - Bodenaushub

Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden (§ 4 (1) BBodSchG).

Der Grundstückseigentümer, der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück und derjenige der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, die zu Veränderungen der Bodenbeschaffenheit führen können, sind verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können (§ 7 BBodSchG).